

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Jean Monnet Chair und Lehrstuhl Makroökonomik, Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. (www.eiiw.eu) welfens@eiiw.uni-wuppertal.de; Tel +49 0202 4391371 **4.3.2015**

- **Eurozone und Europäische Union vor historischen Herausforderungen**
- **Frage nach sozialer und nachhaltiger EU und nach Euro-Politikunion nicht gestellt**
- **Steuerpolitik EU unzureichend koordiniert – von Kanzlerin in Brüssel nicht angesprochen**

Deutschland und Europa: EU-Zukunftsfähigkeit verlangt neue Politikinitiativen

Der Besuch von Bundeskanzlerin Merkel bei der neuen Juncker-Kommission fand am ersten Dienstag im März 2015 zu einem historischen Zeitpunkt statt. Die Ukraine-Russland-Krise schwelt weiter, das Griechenland-Problem ist sichtbar ungelöst und Umfragen zum Thema Transatlantische Handelsliberalisierung für Deutschland zeigen – wie sonst in der EU nur noch in Österreich und Luxemburg – eine Umfragemehrheit der Bevölkerung gegen das historische Projekt der vorgesehenen transatlantischen EU-USA-Freihandelszone TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Letzteres ist höchst paradox, da ja Deutschland das Land in der EU ist, das von einer solchen Freihandelszone am stärksten profitieren würde. Hier fehlt bislang politische Führung aus Berlin einerseits, aber es mangelt andererseits u.a. in Brüssel auch in der Ressortforschung an wissenschaftlichen Studien, die die ökonomischen Vorteile jenseits der bisher untersuchten direkten Effekte der TTIP-Handelsliberalisierung – etwa bei Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen und der Innovationsdynamik – untersuchen und quantifizieren (s. Welfens/Irawan, 2014, paper Paris-Konferenz, www.eiiw.eu). Strittige Fragen wurden in Brüssel offenbar kaum angesprochen, speziell auch nicht das Steuerthema.

Mindestbesteuerung der Unternehmen und Perspektiven einer Euro-Politik unerwähnt

Zu den wichtigen Herausforderungen der EU – im Kontext von TTIP und der Ukraine-Krise – gehören Besteuerungsfragen, über die man bislang in Berlin und Brüssel nicht spricht, zumal bislang völlige Steuerautonomie der EU-Länder gilt. Das Mehrfach-Problem lautet plakativ:

- Die kleinen baltischen Länder haben z.T. einen Körperschaftssteuersatz von 0 und können dann in der Folge nicht ein einziges Jagdflugzeug für ihre Landesverteidigung bereit stellen – angesichts der Ukraine-Russland-Krise ist das völlig unverantwortlich. Hier dann von Seiten dieser Länder nach Nato-Flugzeugen zur Stationierung im Baltikum zu rufen, zeigt die Widersprüche fehlender steuerpolitischer Koordinierung in der EU: Notwendig sind Mindestkörperschaftssteuersätze in der EU und natürlich sollte jedes Land eine Mindest-Landesverteidigung finanzieren.
- Im Kontext des ökonomisch für die EU-Länder sehr positiven TTIP-Projektes ist davon auszugehen, dass die Rolle der multinationalen Unternehmen deutlich an Bedeutung zunehmen wird. Die effektiven Steuersätze für Multis sind aber geringer als für mittelständische Unternehmen. Dieses Problem wird durch TTIP noch größer, so dass die Steuereinnahmen aus Gewinnen – relativ zum Bruttoinlandsprodukt – sinken werden. Die Konsequenz für die Politik in den EU-Ländern sollte sein, dass die Koordinierung der Steuerpolitiken zunimmt, die es bislang fast gar nicht gibt: Auch hier ist eindeutig, dass eine Mindesthöhe der Körperschaftssteuersätze EU-weit festgelegt werden sollte. Mindesthöhe heißt dabei aber nicht, dass die Sätze insgesamt zu erhöhen sind; denn die EU-Dynamik bedarf ja klarer Anreize für unternehmerisches Engagement.
- Merkwürdig ist auch, dass ökologische Steuern so unterschiedlich ausfallen: Das Aufkommen liegt zwischen 1% und knapp 5% des Bruttoinlandsprodukts. Es ist aber völlig unwahrscheinlich, dass die internationalen Unterschiede bei negativen externen Effekten der Umweltverschmutzung in einer so breiten Spanne liegen sollten. Nachhaltiges Wirtschaften sollte weithin auch ein gemeinsames Anliegen aller sein.
- Die Europäische Integration hat auf der Brüsseler Ebene einen Staatsverbrauch von 1%, das ist etwa 1/20 von dem, was auf der nationalen Politikebene – in Deutschland im Kern bei Bund und Ländern – realisiert wird; 1/9 vom US-Wert in Washington DC. Nicht

nur mit Blick auf Griechenlands effektive Staatsfinanzen wäre es viel besser, wenn der Staatsverbrauch längerfristig zu einem Drittel oder gar mehr – mit entsprechenden Einkommenssteuern – in Brüssel im Rahmen einer EU-Politikunion verankert wäre. Während bislang sehr vermögende und einkommensstarke Bürgerinnen und Bürger mit Anti-Steuerreflexen oft leicht wirtschaftlich Richtung Niedriglohnländer wie Luxemburg, Großbritannien, Niederlande oder Belgien flüchten können, wäre eine neue EU-Einkommenssteuer – statt nationaler - viel gleichmäßiger und fairer in der Besteuerung. Das jetzige Ungleichmäßigkeitsproblem wird längerfristig in der EU zu alten steuerlichen Rahmenbedingungen weiter zunehmen und von daher stellt sich die Frage, wie die Bundesregierung das Thema der politischen und ökonomischen Arbeitsteilung Nationalstaat und EU strategisch sieht. In Deutschland wird eine statische Betrachtung des Subsidiaritätsprinzips als letztlich widersprüchliche Verteidigungslinie gegen eine Verlagerung von Staatsausgaben und –aufgaben nach Brüssel in großen Teilen der Politik zelebriert. Zudem stellen sich eben Fragen nach einer Wirtschaftsbelebung in der Eurozone und dabei insbesondere nach Überwindung der Griechenlandkrise. Mittelfristig wird man über einen Schuldenschnitt bzw. Sonderhilfen über eine EU-Griechenland-Stiftung (Marschall-Plan; Fokus Ausbildung, Unternehmensgründungen, Investitionsförderung) nachdenken müssen, aber ohne umfassende Privatisierungen des großen griechischen Staats-Immobilienvermögens wird dies unrealisierbar bleiben.

Die Juncker-Kommission kann bei der Frage nach einer EU-Wirtschaftsbelebung immerhin darauf verweisen, dass man entschieden hat, eine Art öffentliches Investitionsprogramm mit 315 Mrd. € Volumen – über drei Jahre – auf den Weg zu bringen. Der fiskalische Multiplikator-Effekt könnte wegen der Dominanz privater Finanzmittel gering sein, aber die Verbindung solcher Expansionsimpulse mit der neuen EZB-Geldpolitik der quantitativen Lockerung (plus niedrige Ölpreise) dürfte insgesamt zu mittelfristiger Wirtschaftsexpansion in der EU führen.

Die Herausforderung und Dynamik der wirtschaftlichen Globalisierung bringt vor allem für Großunternehmen und innovative Mittelstandsunternehmen große Vorteile, wobei die EU immer betont hat, dass man als EU die Globalisierung werde gestalten können. Die fehlende Überwindung der Eurokrise ist hier aber ein Hemmnis. Eine Stärkung der Innovationsförderung ist hier wichtig, wobei Bürokratieabbau wichtig bleibt. Wichtig ist auch die Expansion der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Estlands Wirtschaftsexpansion, insbesondere eben im Bereich von IKT, ist vorbildlich – die EU sollte stärker noch als bisher die IKT-Modernisierung von Wirtschaft und Politik fördern. Hier hat auch die Juncker-Kommission einen deutlichen politischen Schwerpunkt gesetzt. Aber es besteht infolge unzureichender Marktkonsolidierung die Gefahr, dass die EU ihren bisherigen Vorsprung gegenüber den USA beim mobilen Internet verliert. Deutschland ist bei IKT im Mittelfeld platziert. Hier bestehen große Herausforderungen in der Gründer- und Innovationspolitik – bei Bund und Ländern. Aber immerhin ist ein Bewusstsein u.a. in Berlin und Paris sowie bei der Kommission festzustellen, dass IKT und schnelles Internet für Wachstum und Innovation strategisch bedeutsam sind.

Soziales Europa und Euro-Politikunion in Eurozone endlich auf den Weg bringen

Schließlich ist zu fragen, wie das Thema Soziales Europa langfristig sinnvoll auch stärker in Brüssel verankert werden kann. Während in Washington DC die Sozialausgaben des Bundes 11% des US-Bruttoinlandsproduktes ausmachen, ist man in Brüssel faktisch bei der Null-Linie. Das ist nicht binnenmarkt-kompatibel und nicht zukunftsfähig. Die fehlende europäische Sozialdimension hat schon 2005 zum knappen Scheitern des Verfassungsentwurfes des Europäischen Konvents in Frankreich geführt und die schlechte Balance von verstärkter EU-Wirtschaftsliberalisierung und kaum vorhandener EU-Sozialdimension ist ein strategisches Problem der EU-Integration. Wenn die EU-Länder keine Schritte zu einer echten Sozialen Marktwirtschaft in der EU machen, dann wird die Europäische Union zerfallen und China – erstmals Wirtschaftsmacht Nr. 1 in der Welt in 2014 (Einkommen nach Kaufkraftparitäten) – und die USA werden Europa bald wohl weitgehend diktieren können, wie umfassend der alte Sozialstaat zu schleifen sein wird. Das ist aber gerade nicht im Interesse Deutschlands bzw. Europas.

Empfohlene Studien: Welfens (2012), Die Zukunft des Euro, Berlin: Nicolai; Welfens, (2013), Social Security and Economic Globalization, Heidelberg: Springer. Welfens, PJJ (2013), Nachhaltige Überwindung der Eurokrise, Stuttgart: Lucius; Euro-Gutachten für die Landesregierung NRW (siehe www.eiw.eu). **Szenario-Analyse einer Euro-Krise bereits in Welfens** (2009), Transatlantische Bankenkrise, Stuttgart: Lucius, S. 158f. (Manuskriptabschluss 30. Oktober 2008; an diesem Tag auch Versand des Buchms. per Mail an Chefberater der Bundeskanzlerin). Euro-Stellungnahmen im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages sowie in englischer Sprache u.a. beim CRS und beim AICGS/Johns Hopkins University. [*Welfens präsentierte zu Hearings bei: US Congress, IWF, Europäisches Parlament, Deutscher Bundestag...*](#)